

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Art der baulichen Nutzung

Sondergebiet "Solarpark" (§ 11 BauNVO)

SO

Verkehrsflächen

Straßenverkehrsflächen

Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelungen des Wasserabflusses

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

U

Zweckbestimmung: Überschwemmungsgebiet

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Flächennutzungsplanänderung

Kartengrundlage:

Antlitzkarte 1:5.000
(Verkleinerung der Liegenschaftskarte 1:1.000)

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung

© 2011



Landesamt für Geoinformation
und Landentwicklung Niedersachsen
Regionaldirektion Osnabrück

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

- Der nördliche Teilbereich des Plangebietes liegt innerhalb eines Bereiches, der durch die Niedersächsische Landesbehörde für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWN) als Überschwemmungsgebiet für den Vloienbach (100-jährliches Hochwasserereignis, HQ₁₀₀) festgelegt wurde (§ 76 WHG, § 115 NWG). Die für Überschwemmungsgebiete geltenden gesetzlichen Schutzvorschriften (insbesondere §§ 77 u. 78 WHG) sind zu beachten. Gemäß § 78 Abs. 2 und 3 WHG kann die zuständige Wasserbehörde im Einzelfall Ausnahmen von den Schutzvorschriften zulassen. Hierzu sind rechtzeitig Abstimmungen mit der Wasserbehörde zu führen.
- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlenasammungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen), auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Denkmalbehörde des Landkreises Osnabrück (Stadt- und Kreisarchäologie im Osnabrücker Land, Lotter Str. 2, 49078 Osnabrück, Tel. (0541) 323-2277 oder -4433) unverzüglich gemeldet werden.

Meldepflichtig ist der Finder der Leier der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

HINWEISE

- Von der Bundesautobahn 30 (BAB 30) gehen Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.
- An das Gebiet grenzen zum Teil landwirtschaftliche Nutzflächen an, aus denen es teilweise auch im Zuge der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Flächen zu Geruchs-, Geräusch- und Staubemissionen kommen kann. Diese sind als ordentlich hinzunehmen.

RECHTSGRUNDLAGEN – alle in der derzeit gültigen Fassung

Baugesetzbuch - BauGB - in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)

Baunutzungsverordnung - BauNVO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)

Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90 - vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)

Niedersächsische Gemeindeordnung - NGO – in der Fassung vom 28.10.2006, zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576).

VERFAHRENSVERMERKE

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) und des §§ 40 und 72 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S. 473) zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), hat der Rat der Stadt Melle diese Flächennutzungsplanänderung bestehend aus der Planzeichnung (Blatt) beschlossen.

Melle, den 02.11.2011

gez. Berghegger
(L.S.)
Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Melle hat am 30.03.2011 die Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 02.04.2011 ordentlich bekannt gemacht. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist in Form der öffentlichen Auslegung (nach ordstüblicher Bekanntmachung am 02.04.2011) vom 11.04.2011 bis einschließlich 13.05.2011 erfolgt.

Melle, den 02.11.2011

gez. Berghegger
(L.S.)
Bürgermeister

Öffentliche Auslegung

Der Rat der Stadt Melle hat am 29.06.2011 den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung und die Begründung sowie die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB / § 4a Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung und die weiteren Angaben nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB wurden am 02.07.2011 ordstüblich bekannt gemacht. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung und der Entwurf der Begründung haben vom 11.07.2011 bis einschließlich 12.08.2011 öffentlich ausgelegen.

Melle, den 02.11.2011

gez. Berghegger
(L.S.)
Bürgermeister

Feststellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Melle hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Flächennutzungsplanänderung nach Prüfung der Anregungen (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB) am 12.10.2011 sowie die Begründung beschlossen.

Melle, den 02.11.2011

gez. Berghegger
(L.S.)
Bürgermeister

Genehmigung

Die Flächennutzungsplanänderung ist mit Verfügung (Az.: 6.4-2.11-4-20.11) vom heutigen Tage genehmigt. Der Landrat

Osnabrück, den 21.02.2011

Der Rat der Stadt Melle ist den in der Genehmigungsverfügung (Az.: 6.4-2.11-4-20.11) aufgeführten Auflagen/ Maßgaben / Ausnahmen in seiner Sitzung (Az.: 02.11.2011) beigetreten. Die Flächennutzungsplanänderung hat wegen der Auflagen / Maßgaben vom bis einsch. ordstüblich bekannt gemacht.

Melle, den
Bürgermeister

Wirksam werden

Die Erteilung der Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung ist gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB i. V. m. § 8 der Hauptsatzung der Stadt Melle am 30.12.2011 im Melle-Kreisblatt bekannt gemacht worden. Die Flächennutzungsplanänderung ist damit gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 BauGB am 02.01.2012 wirksam geworden.

Melle, den 02.01.2012

Mängel der Abwägung

Innerhalb eines Jahres nach in Kraft Treten der Flächennutzungsplanänderung ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften bzw. sind Mängel des Abwägungsorganges (Besonderheit gemäß §§ 214 und 215 BauGB) beim Zustandekommen der Flächennutzungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.

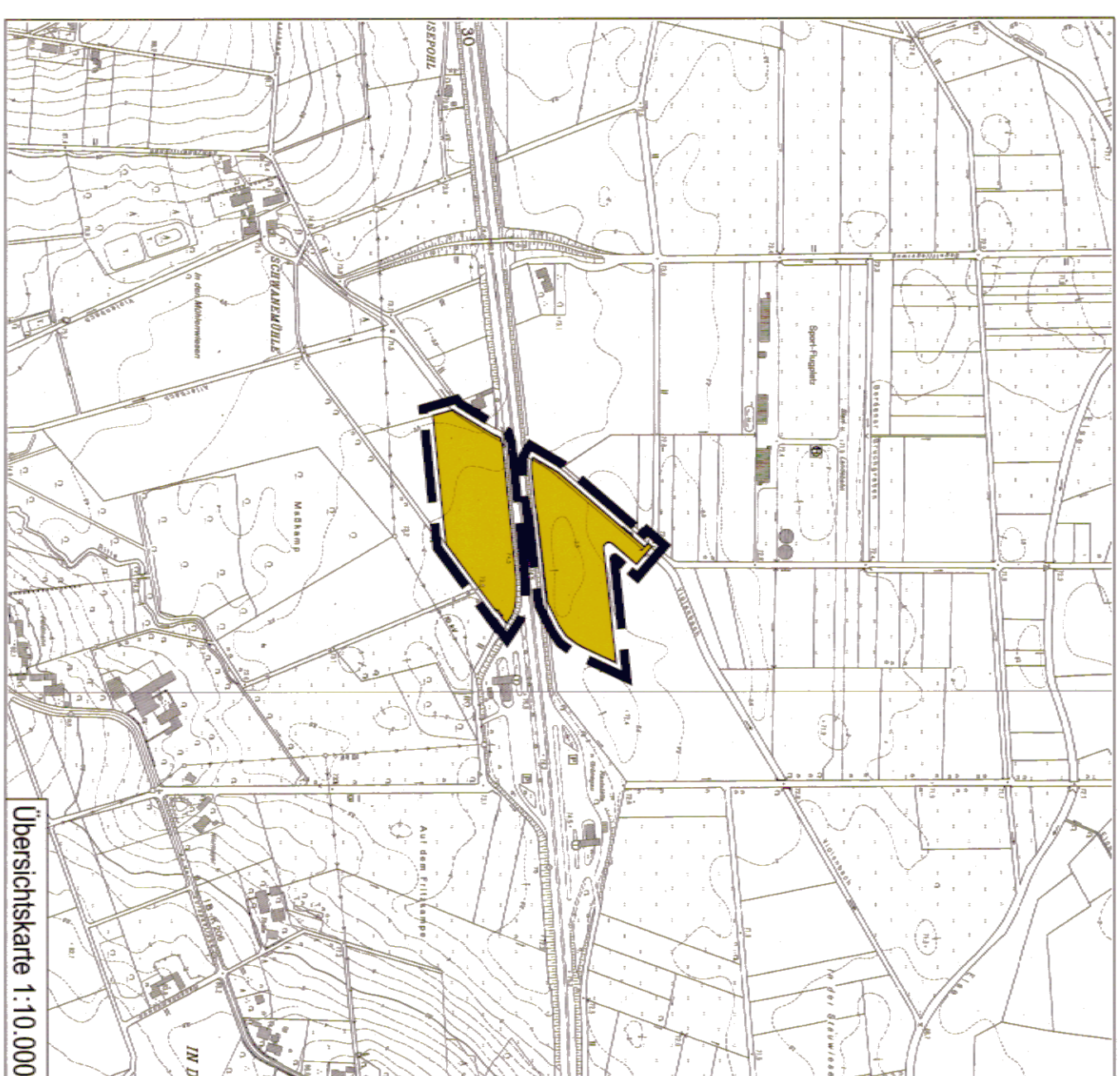
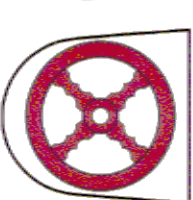
Melle, den
Bürgermeister

Planverfasser

Die Flächennutzungsplanänderung wurde ausgearbeitet von

PLANUNGSBÜRO
DEHLING & TWISSELMANN
Stadtplaner und Landschaftsplanung
Tel. (0541) 2 22 55
Fax (0541) 2 22 55

Stadt Melle



4. Änderung Flächennutzungsplan
"Sondergebiet Solarpark Melle"

ABSCHRIFT

Stand: 06.09.2011

Gemarkung Görden, Flur 7